

Auf der Suche nach Alternativen: Griechenland zwischen Europa-Frust und russischer Versuchung

Rappold, Julian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rappold, J. (2015). *Auf der Suche nach Alternativen: Griechenland zwischen Europa-Frust und russischer Versuchung*. (DGAP kompakt, 13). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V..
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53979-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Auf der Suche nach Alternativen Griechenland zwischen Europa-Frust und russischer Versuchung

Julian Rappold

Die Spannungen mit der Eurogruppe über eine Lösung der Schuldenkrise haben in Griechenland zu einem Ansehensverlust der EU geführt. So wird in der griechischen öffentlichen Debatte Russland immer häufiger als Alternative zum „Brüsseler Spardiktat“ ins Spiel gebracht. Doch das Bemühen der Tsipras-Regierung um eine engere Anbindung an Moskau hat sich bislang nicht ausgezahlt – vor allem kann und will Russland Griechenland keine finanzielle Unterstützung bieten. Aber auch aus griechischer Perspektive wäre eine Umkehr der Einbettung in EU und NATO nur schwer durchführbar. Dennoch sollte die EU die Diskussion um Russlands Einfluss in Griechenland ernst nehmen: Nur wenn sie ihr Versprechen auf Wohlstand für die griechische Gesellschaft erneuert, kann sie einziger Anziehungspunkt für das Land bleiben.

„Griechenland gehört zum Westen“, mit dieser Maxime legte der ehemalige griechische Minister- und Staatspräsident Konstantinos Karamanlis in den 1970er-Jahren nach dem Zusammenbruch des Obristen-Regimes den Grundstein für die Leitlinien griechischer Außenpolitik und verankerte sein Land im Westen.¹ Insbesondere die Europäische Union ist seither ein zentraler Referenzpunkt und hat maßgeblich zur demokratischen Konsolidierung und Modernisierung des Landes beigetragen.

Die griechische Schuldenkrise, die im Jahr 2010 ausbrach, die damit einhergehenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen und die Spannungen mit den europäischen Geldgebern über die Staatsschulden haben das Land erschüttert. Die griechische Öffentlichkeit ist mit der Frage konfrontiert, ob ihr Land fähig ist, europäischen Regeln und Standards zu entsprechen. Lang vergessene Spannungen mit Europa treten wieder zutage und führen zu einer neuen Diskussion Griechenlands geopolitischer Ausrichtung. Dies reflektierte auch die Wahl

der populistischen Links-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Alexis Tsipras im Januar 2015.

Dabei geriet speziell die Rolle Russlands in den Fokus der europäischen Öffentlichkeit. Die Eskalation in den Verhandlungen zwischen Griechenland und den europäischen Geldgebern wie auch die Diskussion um den „russischen Informationskrieg“, in dem Moskau versucht, öffentliche Debatten in EU-Mitgliedstaaten zu beeinflussen,² nähren Spekulationen, ob sich Griechenland zu einem Trojanischen Pferd für Russlands Interessen in der EU entwickeln könnte. Ziel dieser Analyse ist herauszuarbeiten, welches Russland-Bild in der griechischen Gesellschaft und in den politischen Parteien vorherrscht. Inwieweit stellt Moskau tatsächlich eine politische Alternative zur Anbindung an EU und NATO dar? Welche Rolle spielt der Russland-Faktor in der griechischen Schuldenkrise

und kann Russland tatsächlich – auch in Konfrontation mit EU-Interessen – die griechische Politik beeinflussen?

Griechenlands ambivalentes Verhältnis zum Westen

Die Westbindung durch EU und NATO hat die politische Kultur Griechenlands maßgeblich geprägt. Sie hat das Korsett vorgegeben, in dem bisher jede griechische Regierung seit dem Sturz des Obristen-Regimes agierte.³ Die EU dient dabei als wichtiger Referenzpunkt in Fragen der Identitätsbildung, der Außenpolitik und der Modernisierung des Landes. Der Beitritt zur damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1981 ebnete Griechenlands Weg nach Europa. Spätestens die Perspektive auf Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führte dann zu einer intensiveren Europäisierung: Diese machte Griechenland zu einem entschiedenen Befürworter der europäischen Integration und förderte das griechische Selbstverständnis, integraler Bestandteil der EU zu sein.

Das Verhältnis zum Westen ist dennoch ambivalent geblieben. Die Rolle der USA im griechischen Bürgerkrieg und Washingtons Tolerierung des Obristen-Regimes führten vor allem in der politischen Linken zu einem ausgeprägten Antiamerikanismus. Zudem waren griechische Sicherheitsinteressen in Kernfragen griechischer Außenpolitik häufig nicht deckungsgleich mit denen der westlichen Bündnispartner;⁴ gerade dem Konflikt mit der Türkei maßen diese nicht die Beachtung bei, die sich Athen gewünscht hätte. Folglich legte Griechenland stets Wert darauf, seine Eigenständigkeit in zentralen außenpolitischen Fragen in Abgrenzung speziell zu den USA zu betonen. Dies zeigt sich auch heute daran, dass Griechenland seine außenpolitischen Konflikte in die EU importiert und beispielsweise Mazedoniens Beitrittskandidatur blockiert.

Das Verhältnis zu Russland hingegen blieb meist frei von größeren Konflikten. Die in der Blockkonfrontation beschworene Bedrohung durch die Sowjetunion war in der griechischen Gesellschaft nie so präsent wie etwa in den USA oder in Deutschland. Im Gegenteil: Der Widerstandskampf beider Staaten im zweiten Weltkrieg förderte im kollektiven Gedächtnis Griechenlands die Verbundenheit. Zumindest aus Perspektive der politischen Linken trug hierzu auch die sowjetische Unterstützung der Kommunisten im griechischen Bürgerkrieg bei.⁵ Darüber hinaus unterstützt Russland traditionell griechische Interessen im Zypern-Konflikt und setzt sich im UN-Sicherheitsrat als Hauptverteidiger für die Rechte der griechischsprachigen Republik Zypern ein.⁶

Ziemlich alte Freunde – Griechenland, Russland und die Orthodoxie

Das gemeinsame über Jahrhunderte gewachsene kulturelle und religiöse Erbe, das die Wurzeln und Werte christlicher Orthodoxie maßgeblich geprägt haben und das sich auch über die Abgrenzung zum Westen definiert, formt das griechische Russland-Bild und trägt zu einer positiven Wahrnehmung Russlands bei. Insbesondere die Befreiung Griechenlands von der Fremdherrschaft des Osmanischen Reiches ist im kollektiven Bewusstsein untrennbar mit dem russischen Brudervolk verbunden.

Auf politischer Ebene werden die gemeinsamen Geschichtsbilder gerne aktiviert, um in der Bevölkerung Zustimmung für die eigene Politik zu wecken. Bei seinem ersten Staatsbesuch in Moskau im April 2015 pries der damalige griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras die engen, auf dem christlich-orthodoxen Erbe basierenden Beziehungen der beiden Staaten. Hier näherte er sich einer Erzählung, die die russische Führung bereits seit Längerem nutzt: die eines orthodoxen Wertefundaments und der Rolle Russlands als größter orthodoxer Nation der Welt. Dieses Narrativ dient einerseits als außenpolitisches *soft power*-Instrument, um durch freundschaftliche Gesten den eigenen Status in der Welt aufzuwerten und den kulturellen und politischen Einfluss in der eigenen Nachbarschaft zu stärken; andererseits, um das eigene Handeln nach innen zu legitimieren und damit das „System Putin“ zu stabilisieren.⁷

Nebenprodukt des wachsenden Euroskeptizismus

Generell sehen viele Griechen Russland als Akteur, der den euro-atlantischen Einfluss und das Gefühl eines „Brüsseler Diktats“ abfedern kann. Russlands nationalistische, die eigene Souveränität betonende Außenpolitik stößt bei vielen Griechen auf Sympathie. Vor dem Hintergrund der sozialen Auswirkungen der Schuldenkrise hat sich diese Wahrnehmung verstärkt. Gleichzeitig leidet die EU unter einem massiven Ansehensverlust. Während vor Ausbruch der Schuldenkrise im Herbst 2009 noch 56 Prozent der Griechen die EU positiv sahen, waren es im Herbst 2014 nur noch 23 Prozent.⁸ Immer mehr wird die EU für die strikten Austeritätsmaßnahmen kritisiert, die als unfair und unverhältnismäßig angesehen werden. Im Gegensatz dazu hatten 65 Prozent der Griechen trotz der Ukraine Krise ein positives Bild von Russland.⁹ In der öffentlichen Debatte in Griechenland wird Russland deshalb immer wieder als „Alternative“ ins Spiel gebracht. Alte Geschichtsbilder werden beschworen, aus denen sich die Forderung ableitet, Griechenland solle sich wieder

verstärkt Russland zuwenden und in dieser schwierigen Phase Moskau um Hilfe bitten. Die aktuelle pro-russische Stimmung ist folglich ein Nebenprodukt eines wachsenden Euroskeptizismus in der griechischen Bevölkerung.

Kuscheln mit Moskau

Mit der Wahl der Links-Rechts-Koalition von Alexis Tsipras im Januar 2015 intensivierte sich Athens Bemühen um ein engeres griechisch-russisches Verhältnis. Dies führte in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten zu Nervosität: Einerseits befanden sich die Verhandlungen über eine nachhaltige Lösung der griechischen Schuldenkrise in einer schwierigen Phase. Tsipras war mit dem Wahlversprechen angetreten, die bisherigen Kreditmodalitäten mit den europäischen Geldgebern neu zu verhandeln und kokettierte mit der Möglichkeit, stattdessen die russische Regierung um Hilfe zu bitten; andererseits nährte dies vor dem Hintergrund der Ukraine Krise den Verdacht, dass Moskaus Sympathien für Athen dazu dienen, einen Vetospieler innerhalb der EU und der NATO zu kooptieren. Dazu passt, dass der russische Präsident Wladimir Putin in den vergangenen Jahren europaweit verstärkt die Nähe zu euroskeptischen Kräften, etwa dem Front National in Frankreich oder Jobbik in Ungarn, gesucht hat.¹⁰

In der Tat stellte die Wahl von Tsipras zum Ministerpräsidenten einen Bruch in der griechischen Politik dar. Erstmals übernahmen mit der radikal-linken Syriza und den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ (Anel) Parteien von den Rändern des politischen Spektrums Regierungsverantwortung. Während die Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten zunächst reserviert auf das Wahlergebnis reagierten, gehörte Präsident Putin zu den ersten Gratulanten.

Beide Parteien weisen in Teilen eine besondere Affinität zu Russland auf, die sich bereits in den ersten Monaten ihrer Amtszeit in regelmäßigen Besuchen griechischer Minister in Moskau bemerkbar machte.¹¹ Die stärkste Kraft im griechischen Parlament, die radikal-linke Syriza, sprach sich bereits zu Oppositionszeiten für die Erneuerung und Ausweitung der Zusammenarbeit mit Russland aus. In ihrem Parteiprogramm aus dem Jahr 2013 lehnte die Partei sogar die griechische NATO-Mitgliedschaft ab. Syriza fordert stattdessen eine multidimensionale Außenpolitik, die es Griechenland erlaubt, als souveräner Staat eigenständig bilaterale Beziehungen zu unterhalten.¹² So schlug Außenminister Nikos Kotzias vor, Griechenland könne eine Brückenfunktion zwischen der EU und Russland einnehmen, und sieht in Russland

einen wesentlichen Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur.¹³

Speziell die Hardliner-Fraktion „Linke Plattform“, die sich mittlerweile aufgrund der Ablehnung des von Tsipras ausgehandelten dritten Rettungspaketes von Syriza abgespalten hat, hegt pro-russische Sympathien.¹⁴ Diese beruhen auf einem ausgeprägten Euroskeptizismus und der Ablehnung der euro-atlantischen Institutionen und werden durch einen gewissen Grad an Sowjet-Nostalgie ergänzt.

Syrizas Koalitionspartner Anel ist ebenfalls russlandfreundlich. Anders als im Falle von Syriza und der „Linken Plattform“ basiert dieses positive Russland-Bild vielmehr auf den historischen und kulturellen Verbindungen des christlich-orthodoxen Erbes, das aus Sicht von Anel die beiden Staaten zu natürlichen Partnern macht. Anel lehnt das Konzept des Multikulturalismus ab und vertritt eine harte Haltung in Einwanderungs- und Integrationsfragen. Die nationalkonservativen Positionen der Partei haben große Schnittmengen mit dem Wertefundament, das der Kreml propagiert.

Die Koalitionspartner Syriza und Anel vertreten, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, euroskeptische Positionen. Beide Parteien kritisierten sowohl zu Oppositionszeiten als auch in der Regierungsverantwortung immer wieder die Sparauflagen der europäischen Geldgeber sowie die mangelnde Transparenz, Legitimation und Rechenschaftspflicht der Troika. Sie betonten in den Verhandlungen mit den Geldgebern stets, dass sie von der Bevölkerung das demokratische Mandat erhalten hätten, das Brüsseler „Spardiktat“ zu beenden; nach Jahren der Erniedrigung sollten Griechenlands Würde und Souveränität endlich wiederhergestellt werden.¹⁵ Russland gilt als Modell, wie ein Staat tatsächlich souverän und unabhängig agieren und sich der europäischen Ordnung widersetzen kann.

Neben Anel und Syriza hegen mit der Kommunistischen Partei KKE und den Neonazis der Goldenen Morgenröte zwei weitere Parteien der äußeren Ränder der Parteienlandschaft besondere Sympathien für Russland.¹⁶ Während das russlandfreundliche Bild der KKE hauptsächlich auf einer ideologischen Verwandtschaft zur ehemaligen Sowjetunion beruht, bezieht sich die Goldene Morgenröte auf die religiösen Verbindungen des orthodoxen Erbes. Mit seinem semi-autoritären, anti-liberalen, neokonservativen und nationalistischen Modell bietet Putin der Partei viele Andockstellen zur Identifikation. Die Goldene Morgenröte unterhält enge Verbindungen zu russischen rechtsextremen Parteien und soll finanzielle Unterstützung aus Moskau erhalten haben.¹⁷ Im März 2015 nahm die Partei am „Konservativen Forum“ in Sankt

Petersburg teil, das die nationalistische Rodina-Partei des stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Dmitri Rogosin organisierte und an dem Vertreter rechtsradikaler Parteien aus ganz Europa, unter anderem der deutschen NPD, teilnahmen.

Des Weiteren soll die Parteispitze der Goldenen Morgenröte enge Kontakte zum russischen Ideologen Alexander Dugin unterhalten und dessen Ideen unterstützen. Sein Konzept eines Neo-Eurasianismus basiert auf nationalistischen, anti-liberalen und anti-westlichen Elementen und sieht einen russischen Imperialismus von Asien bis Europa vor, der einen Gegenpol zum Liberalismus der von den USA dominierten Welt bilden soll.¹⁸ Zwar bleibt Dugins direkter Einfluss auf die Außenpolitik Putins höchst begrenzt; in deren Argumentationsmustern spiegeln sich jedoch trotzdem Elemente seiner Vision wider. Zudem nutzt die Moskauer Führung ihn, um bei nationalistischen Gruppen Zustimmung zu generieren. Mit Unterstützung führender russischer Politiker sucht Dugin weltweit Verbündete für seine Ideen und findet diese vornehmlich unter Europas rechtsextremen Parteien. Aber auch zu Syriza soll Dugin Kontakte unterhalten haben. Der ehemalige griechische Außenminister Kotzias empfing ihn im Jahr 2013 zu einem Vortrag an der Universität Piräus, an der Kotzias damals lehrte. Auch der zwischenzeitliche Verteidigungsminister und Anel-Parteivorsitzende Panos Kammenos soll über den russischen Oligarchen Konstantin Malofejew, der pro-russische Separatisten in der Ukraine finanziert haben soll, mit Dugin in Kontakt gestanden haben.¹⁹

Impulse für die griechische Wirtschaft?

Trotz der ideologischen Nähe zwischen der griechischen Koalitionsregierung und dem Kreml stehen für beide Seiten eigene Interessen im Vordergrund. Seit dem Ausbruch der Schuldenkrise war jede griechische Regierung dazu gezwungen, ihr gesamtes politisches Kapital darauf zu verwenden, mit den internationalen Geldgebern eine nachhaltige Lösung zur Bewältigung des Schuldenbergs auszuhandeln. Nur dadurch kann Griechenland, dessen Wirtschaftskraft seit 2010 etwa um ein Viertel eingebrochen ist, wieder eine Perspektive bekommen und seine soziale Krise bewältigen. Im Rahmen der Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit Russland warb die Tsipras-Regierung deshalb stark für engere Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern. Russland ist bereits ein zentraler Handelspartner und ein bedeutender Markt für die so wichtige griechische Tourismusbranche.²⁰ Die Tsipras-Regierung buhlte um russische Investitionen und bessere Bedingungen für griechische

Exporte, zudem wollte sie die Einfuhrverbote für europäische Lebensmittel, die Moskau als Reaktion auf das EU-Sanktionsregime erließ, für griechische Produkte lockern – bisher hat Putin für Griechenland jedoch keine Ausnahme gemacht.

Darüber hinaus sollte sich der enge Draht zum Kreml auch in einer vertieften Energiekooperation und in Preisvergünstigungen auszahlen. Griechenland ist in hohem Maße von russischem Öl und Gas abhängig;²¹ vor dem Hintergrund der strategisch wichtigen Lage des Landes im östlichen Mittelmeer wollte die griechische Regierung ihr Land aber auch als Energiedrehscheibe für russisches Gas und Öl etablieren und damit zusätzliche Einnahmen generieren. Athen und Moskau einigten sich in der Folge über die griechische Beteiligung am Turkish-Stream-Projekt, das russisches Gas über die Türkei nach Griechenland transportieren soll. Die Machbarkeit dieses Projekts ist immer noch fraglich und abhängig von einer Einigung zwischen Russland und der Türkei; das Scheitern anderer von Russland initiiertes Großprojekte mit griechischer Beteiligung – wie der Burgas-Alexandropoulis-Pipeline oder dem South-Stream-Projekt – sollte hier Warnung genug sein.

Trotz aller Bemühungen gelang es der griechischen Regierung nicht, die Bemühungen um einen engen Draht zum Kreml in konkrete wirtschaftliche Erfolge umzumünzen. Ein entscheidender Faktor für Investitionen bleibt auch für russische Unternehmen die politische und wirtschaftliche Stabilität in Griechenland, die momentan nicht gegeben ist. Zwar gibt es von russischer Seite durchaus Interesse an staatlichen Unternehmen, beispielsweise dem griechischen Schienennetzbetreiber TrainOSE, dem Bahnunternehmen ROSCO und dem Hafen von Thessaloniki; aber gerade bei der Privatisierungsfrage zeigte sich die Tsipras-Regierung aus politischen Gründen sehr zögerlich.

Zudem behindern das EU-Sanktionsregime gegen Russland und die russischen Gegensanktionen in großem Maße den Handel zwischen beiden Staaten. Zwar stellte die griechische Regierung die Effektivität der Strafmaßnahmen gegen Russland öffentlich in Frage; doch obwohl sie um die Beeinträchtigungen für die eigene Wirtschaft weiß, unternahm sie letztendlich keine unilateralen Versuche, die einheitliche Position der EU-Mitgliedstaaten in der Sanktionsfrage zu brechen.

Noch unwahrscheinlicher scheint es, dass Russland als alternativer oder zusätzlicher Geldgeber für griechische Staatsschulden von über 300 Milliarden Euro aufkommen kann.²² Zu gering ist Moskaus finanzieller Spielraum in der sich verstärkenden Wirtschafts- und Finanzkrise und aufgrund der anhaltend niedrigen Öl- und Gaspreise. Selbst wenn Russland über die entsprechenden

finanziellen Kapazitäten verfügte, bliebe die Frage, inwieweit es tatsächlich bereit wäre, Griechenland zu unterstützen – und welche Gegenleistung Athen dafür erbringen könnte und wollte. Finanzielle Hilfen für Griechenland hätten für Putin keinen zählbaren Mehrwert. Das Beispiel der Schuldenkrise Zyperns aus dem Jahr 2013 sollte zur Warnung dienen: Trotz deutlich niedrigerem Finanzbedarf und der engen finanziellen Verquickungen zwischen Zypern und Russland zeigten sich die Grenzen der Bereitschaft Moskaus, finanzielle Unterstützung zu für beide Seiten akzeptablen Bedingungen anzubieten. Vielmehr liegt es im russischen Interesse, dass Griechenland weiterhin Mitglied der Eurozone bleibt. Nur so kann der Kreml Einfluss auf die Entscheidungen der EU nehmen – enge Beziehungen zu Athen vorausgesetzt. Derweil begrüßt der Kreml das durch die instabile politische und wirtschaftliche Lage Griechenlands verursachte Störpotenzial für die EU, da es zu deren Schwächung beiträgt.

Die Russland-Karte – Joker in den Verhandlungen?

Das griechische Bemühen um intensivere Beziehungen zu Russland bedeutete keinen signifikanten Impuls für die griechische Wirtschaft. Viel bedeutender für Tsipras war, dass Russland durch die Annäherung der beiden Staaten zu einem wichtigen Faktor im griechischen Verhandlungskalkül mit den europäischen Geldgebern wurde. Eine der ersten Amtshandlungen der Regierung im Januar 2015 war, sich unter Androhung eines Vetos von einer gemeinsamen Erklärung der EU-Staats- und Regierungschefs zu neuen Sanktionen gegen Russland zu distanzieren. Zwar stimmte die Tsipras-Regierung diesen am Ende doch zu; es gelang ihr aber, ein Zeichen an die europäischen Partner zu senden, dass sie, anders als ihre Vorgänger, trotz aller durch die Schuldenkrise entstandenen Widrigkeiten auf Augenhöhe mit den europäischen Geldgebern verhandelt und mit Russland eine Alternative zur EU in der Hand hält.

Durch die darauffolgenden Besuche von Tsipras und anderen griechischen Regierungsvertretern in Moskau verstärkte sich dieser Eindruck in der europäischen Öffentlichkeit. Damit gelang es Tsipras, die zu diesem Zeitpunkt eskalierenden Verhandlungen von finanzpolitischen Aspekten auf geopolitische und strategische Erwägungen zu verlagern und so die griechische Position kurzzeitig zu stärken. Denn anders als in früheren Verhandlungen wurden die mit einem Grexit verbundenen Ansteckungsgefahren für andere Volkswirtschaften in der Eurozone als überschaubar eingestuft – die EU habe in der Zwischenzeit mit Mechanismen wie dem ESM und der Bankenunion

Brandmauern errichtet, die ein Überspringen der Krise auf andere Länder verhindern würden, so der Tenor der Eurogruppe. Nun aber wurde das Szenario eines Grexits in den europäischen Hauptstädten verstärkt mit Blick auf geopolitische Risiken diskutiert: Als NATO-Mitglied ist Griechenland ein wichtiger Stabilitätsanker im südöstlichen Mittelmeer und auf dem Balkan; im Falle eines Grexits versänke das Land im sozialen und wirtschaftlichen Chaos und wäre dadurch nicht nur politisch unberechenbar, sondern auch anfällig für russischen Einfluss.

Doch wie sich gezeigt hat, zahlte sich Tsipras' Verhandlungsstrategie nicht aus. Er musste sich eingestehen, dass er die Eurogruppe nicht spalten kann. Im Gegenteil: Die Art und Weise seines Auftretens empörte die europäischen Partner so sehr, dass die griechische Regierung zum ersten Mal seit Ausbruch der Schuldenkrise komplett isoliert war. Vor allem die baltischen Staaten fühlten sich durch den Versuch, das Sanktionsregime für eigene Zwecke zu instrumentalisieren, hintergangen und verfolgten nun eine unnachgiebigere Politik gegenüber Griechenland. Denn Estland, Lettland und Litauen sahen sich nicht nur vom Konflikt mit Russland und durch die Krim-Annexion unmittelbar in ihrer eigenen Sicherheit bedroht, sondern haben seit der globalen Finanzkrise 2008/09 umfassende Reformen mit harten sozialen Einschnitten durchgeführt.

Die griechische Schuldenkrise als willkommenes Störfeuer

Aus russischer Sicht bleibt die griechische Schuldenkrise ein Nebenschauplatz. Priorität gilt der Konsolidierung des Einflusses im eurasischen Raum und dem Einfrieren des Ukraine Konflikts. Doch die Auseinandersetzung zwischen der Tsipras-Regierung und der Eurogruppe war und ist für Putin eine willkommene Gelegenheit: Innenpolitisch deutet er die griechische Schuldenkrise und die damit verbundene politische, wirtschaftliche und institutionelle Krise der EU im nationalen Diskurs zur strukturellen Schwäche des Westens um. Sie dient als Beispiel für die Intransparenz und das Demokratiedefizit der EU und die damit einhergehende Entfremdung der europäischen Bürger von der europäischen Politik. Ziel ist es, das „dekadente“ westlich-demokratische Modell als unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Russische Auslandsmedien wie Russia Today oder Sputnik multiplizieren dieses Narrativ in ihrer Berichterstattung über die Griechenlandkrise, um so den medialen Diskurs in Europa zu beeinflussen; in Griechenland selbst spielen diese Medien allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Putin kann zudem durch die symbolträchtige Intensivierung der Beziehungen zur griechischen Regierung zeigen, dass er in der EU nicht

isoliert ist und gerade bei energie- und sicherheitspolitischen Fragen ein unberechenbarer Akteur bleibt. Ähnlich wie in anderen europäischen Mitgliedstaaten beeinträchtigt Russland so die auf Konsens angelegte EU-Entscheidungsfindung. Dabei muss es nicht notwendigerweise selbst aktiv werden: Für ein Störfeuer reicht es bereits, dass die europäische Öffentlichkeit eine Einflussnahme Russlands vermutet und in der aktuell angespannten Situation nervös wird.

Griechenland und die Ukraine Krise

Parallel zur griechischen Schuldenkrise steht die EU seit den ukrainischen Maidan-Protesten und dem russischen Vorgehen auf der Krim und im Osten der Ukraine an ihren Außengrenzen einem Konflikt mit Russland gegenüber. Anders als in anderen EU-Mitgliedstaaten gibt es in Griechenland über die außenpolitischen Implikationen dieses Konflikts keine tiefgreifende öffentliche Debatte – zu sehr beherrschten diese in den vergangenen fünf Jahren die Auseinandersetzungen mit den europäischen Geldgebern über die Schuldenkrise.

Generell reflektiert auch die Haltung zum Ukraine-Konflikt das tendenziell positive Russland-Bild in der griechischen Bevölkerung: Man ist zögerlicher als andere Europäer, wenn es darum geht, die offene Konfrontation mit Russland zu suchen. Laut einer Umfrage im Juni 2014 stimmten nur 44 Prozent der befragten Griechen der Aussage zu, dass die EU auch dann ihre wirtschaftliche und politische Unterstützung für die Ukraine fortsetzen sollte, wenn dies die Beziehungen zu Russland belastet – der niedrigste Umfragewert aller EU-Mitgliedstaaten, in denen die Umfrage durchgeführt wurde.²³

Die griechische Medienberichterstattung ist durchaus ausgewogen. Dennoch ist auffällig, dass die Annexion der Krim zwar als völkerrechtswidrig kritisiert, der russischen Position aber viel Raum und Verständnis eingeräumt wird. Dies ist überraschend, da gerade die Invasion der Türkei auf Zypern und der Mazedonien-Konflikt formative Schlüsselereignisse der griechischen Außenpolitik darstellen.²⁴ Die Betonung territorialer Integrität ist deshalb eigentlich ein Kernelement griechischer Außenpolitik auf internationaler Ebene. Ein weiterer Schwerpunkt der Berichterstattung liegt auf den negativen Auswirkungen des EU-Sanktionsregimes und der Gegensanktionen Russlands auf die griechische Wirtschaft.²⁵ Im Rahmen der Berichterstattung über die Ukraine-Krise wird auch die Situation der griechischen Minderheit in der Ukraine thematisiert.²⁶

Im Ukraine-Konflikt zeigt sich auch die pro-russische Haltung verschiedener griechischer Parteien: Dies wird insbesondere im Abstimmungsverhalten im Europäischen

Parlament sichtbar: Syriza, die Kommunistische KKE, Anel und die Goldene Morgenröte stimmten alle gegen das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine und gegen einen Bericht, der eine kritische Neubewertung der EU-Russland-Beziehungen fordert.²⁷

In ihrer Rechtfertigung russischer Aggression folgen diese Parteien dabei altbekannten Argumentationsmustern, die die unterschiedlichen Elemente russischer Anziehungskraft in der griechischen Parteienlandschaft widerspiegeln: In einer Erklärung vom Februar 2014 – also noch vor Regierungsantritt – kritisierte das politische Sekretariat von Syriza etwa die EU und die USA dafür, die Destabilisierung der Ukraine zu fördern und gleichzeitig direkt und indirekt rechtsradikale Gruppierungen in der ukrainischen „Regierung der nationalen Einheit“ zu unterstützen. Aus Syriza-Perspektive steht der Ukraine-Konflikt folglich hauptsächlich für den Kampf zwischen neo- und anti-faschistischen Kräften und rechtfertigt damit Russlands gewaltsames Eindringen in die Ukraine.

Allerdings hat Syriza seit Regierungsantritt ihre Position gegenüber dem Ukraine-Konflikt deutlich abgemildert. Offiziell verurteilt die Tsipras-Regierung die Annexion der Krim. Sie beschränkt sich darauf, auf europäischer Ebene auf eine Politik zu drängen, die eine nachhaltige Rivalität und unnötige Konfrontation mit Russland vermeiden und eine rasche diplomatische Lösung im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland herbeiführen will. Athen hält dabei eine Kombination aus Abschreckung und Einbindung Russlands – mit Betonung auf letzterem – für den richtigen EU-Ansatz.²⁸ Die Androhung, die Verlängerung der Sanktionen gegen Russland aufzukündigen, sorgte zwar für viel Aufsehen, doch faktisch hat die griechische Regierung bisher alle Sanktionsschritte mitgetragen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass Syriza einerseits ihr komplettes politisches Kapital in die Verhandlungen mit der Eurogruppe investiert hat und nur wenig Akzente in der europäischen Außenpolitik setzen kann und will; andererseits zeigt sich, dass das griechische Korsett der euro-atlantischen Anbindung selbst für Syriza gilt.

Die rechte Seite des politischen Spektrums und hier vornehmlich die Goldene Morgenröte begründen die Ukraine-Krise mit der Reaktion Russlands auf das aktive Eindringen der USA in das russische Einflussgebiet. Folglich sind für die Partei nicht Russland, sondern die USA und die EU die Aggressoren. Auch das christlich-orthodoxe Element spielt in der Deutung des Ukraine-Konflikts eine Rolle: Anels Parteivorsitzender Kammenos sprach seine Unterstützung für die russische Regierung aus, da diese die griechische Minderheit auf der Krim beschütze.

Die EU hat es selbst in der Hand

Die in der europäischen Öffentlichkeit kontrovers geführte Debatte über die Möglichkeiten russischer Einflussnahme in Griechenland steht in enger Verbindung mit den Entwicklungen der Schuldenkrise. Aber trotz aller Rhetorik und symbolhafter Gesten haben sich die Bemühungen der griechischen Regierung um eine Intensivierung der Beziehungen zu Russland bisher nicht ausgezahlt. Weder ökonomisch noch als Joker in den Verhandlungen mit den europäischen Geldgebern konnte und wollte der Kreml unterstützend wirken. Es ist nicht im Interesse Moskaus, dass sich Griechenland durch einen Austritt aus der Eurozone von der EU abwendet. Denn nur so kann der Kreml tatsächlich Einfluss auf die Entscheidungen der EU nehmen.

Außerdem bewahrheiteten sich Befürchtungen einer Abkehr Griechenlands von der EU und der NATO in der Substanz nicht. Dies liegt daran, dass der Referenzrahmen dieser Anbindung griechischer Außenpolitik nur schwer abzulegen ist; außerdem musste die Tsipras-Regierung in ihrer Regierungszeit ihr gesamtes politisches Kapital in die Verhandlungen mit der Eurogruppe investieren. Auch in Zukunft wird der Fokus jeder griechischen Regierung einzig auf einer nachhaltigen Lösung der Staatsschulden mit den europäischen Geldgebern liegen. Eine tatsächliche Umkehr der griechischen Einbettung in EU und NATO ist deshalb nur schwer denkbar. Darüber hinaus befindet sich das griechische Parteiensystem in einem stetigen Wandel und Parteien justieren ihre

ideologische Ausrichtung entlang neuer Konfliktlinien regelmäßig neu. Dies wird es für Moskau erschweren, stabile und verlässliche Partner zu finden.

Dennoch muss die EU ernst nehmen, dass die griechische Öffentlichkeit und die Tsipras-Regierung mit Moskau als Alternative zur EU kokettiert haben. Zwar ist das russische Modell nur bedingt attraktiv; doch es entlarvt das Demokratiedefizit, die Leistungsschwäche und die Glaubwürdigkeitskrise der EU. Es ist an dieser selbst, wieder zum einzigen Anziehungspunkt für Griechenland zu werden. Dafür muss sie an ihrer Selbstdarstellung und der Behebung ihrer politischen Defizite arbeiten. Mit Blick auf Griechenland wird dies nur gelingen, wenn die EU ihr Versprechen auf Wohlstand erneuern kann und dem Prinzip der Solidarität neues Leben einhaucht. Dafür bedarf es einer nachhaltigen Lösung der griechischen Staatsschulden und einer umfassenden Investitions- und Wachstumsstrategie. Nur so ist es möglich, der griechischen Gesellschaft und gerade der jungen Generation wieder eine Perspektive zu geben. Nach der Eskalation der Verhandlungen zwischen Athen und der Eurogruppe und den verbalen Entgleisungen auf beiden Seiten muss endlich eine neue Sachlichkeit einkehren. In beiden Fällen kommt insbesondere Deutschland eine entscheidende Rolle zu.

Julian Rappold ist Programmmitarbeiter des Alfred von Oppenheim-Zentrums für Europäische Zukunftsfragen der DGAP. Er dankt Christos Katsioulis, Stefan Meister und Almut Möller für ihre wertvollen Kommentare zu diesem Beitrag.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel verwendet den Begriff des „Westens“ in historischem Kontext; er steht für die Koalition aus EU und USA, auch mit dem Wissen, dass er mit den wachsenden Unterschieden zwischen den beiden Seiten nicht mehr tatsächlich die Realität nach dem Ost-West-Konflikt abbildet. In der heutigen politischen Debatte Griechenlands taucht der Begriff kaum mehr auf.
- 2 Vgl. Stefan Meister, Jana Puglierin, Perzeption und Instrumentalisierung: Russlands nicht-militärische Einflussnahme in Europa, DGAPkompakt Nr. 10, September 2015.
- 3 Vgl. Spyros Economides, The Relevance of “Europe” to Greek Foreign Policy, in: Kevin Featherstone (Hrsg.), Europe in Modern Greek History, London, 2014, S. 61-76.
- 4 Vgl. J. Rappold, Deutschland, Frankreich, Griechenland, in: Claire Demesmay, Hans Stark (Hrsg.): Den deutsch-französischen Dialog öffnen – Dreieckskonstellationen im Dienste der europäischen Integration, DGAPanalyse Nr. 6, Juli 2015, S. 7-9.
- 5 Die politische Rechte, die lange Zeit die Mehrheit in der griechischen Gesellschaft stellte, sah in der sowjetischen Unterstützung im Bürgerkrieg lange Zeit eine kommunistische Bedrohung.
- 6 Vgl. Theoharis Grigoriadis, Vlantis Jordanidis, Greek-Russian Relations I: Foreign Policy and Diplomacy, ELIAMEP Working Paper nr. 54/2014, 2014, <http://www.eliamep.gr/wp-content/uploads/2014/09/54_2014_WORKING-PAPER-Theoharis-Grigoriadis.pdf> (abgerufen am 2.9.2015).
- 7 Vgl. Nicolai Petro, Russia's Orthodox Soft Power, Carnegie Council, 23.3.2015, <http://www.carnegiecouncil.org/publications/articles_papers_reports/727> (abgrf. am 24.8.2015).
- 8 Nur 2 % der befragten Griechen haben ein sehr positives, 21 % ein relativ positives Bild der EU. 31 % standen der EU neutral gegenüber. Auf der Gegenseite nahmen 28 % die EU relativ negativ, 16 % sehr negativ wahr. Vgl. Eurobarometer, In General, Does the European Union Conjure up for You for a Very Positive, Fairly Positive, Neutral, Fairly Negative or Very Negative Image?, <http://ec.europa.eu/public_opinion/cf/showchart_line.cfm?keyID=2202&nationID=16,4&startdate=2009.06&enddate=2015.05> (abgrf. am 2.9.2015).
- 9 Vgl. Transatlantic Trends 2014, Country Profile Greece, <<http://trends.gmfus.org/files/2014/09/Greece.pdf>> (abgrf. am 26.8.2015).
- 10 Vgl. Antonis Klapsis, An Unholy Alliance – The European Far Right and Putin's Russia, Wilfried Martens Centre for European Studies, 2015, <http://www.martenscentre.eu/sites/default/files/publication-files/an_unholy_alliance_final.pdf> (abgrf. am 26.8.2015); Political Capital Institute, The Russian Connection – The Spread of Pro-Russian Policies on the European Far-Right, 14.3.2014, <http://www.riskandforecast.com/useruploads/files/pc_flash_report_russian_connection.pdf> (abgrf. am 26.8.2015).
- 11 Unter der Regierung Tsipras kam es zwischen Januar und August 2015 zu einer Reihe griechisch-russischer Regierungskonsultationen: Tsipras und Putin tauschten sich zweimal aus (am 8.4. in Moskau und am 19.6. in St. Petersburg); der Außenminister Nikos Kotzias traf seinen russischen Amtskollegen Sergei Lawrow am 11.2.; und der russische Verteidigungsminister Sergey Shoigu empfing seinen Amtskollegen Panos Kammenos am 15.4. Der Umwelt- und Energieminister Panagiotis Lafazanis reiste zweimal nach Moskau, um sich dort mit dem Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Alexei Miller, und dem russischen Energieminister Alexander Novak auszutauschen.
- 12 Das Konzept der multidimensionalen Außenpolitik ist in der griechischen Debatte kein neuer Begriff. Der ehemalige konservative Ministerpräsident Kostas Karamanlis nutzte es bereits 2004-2009 für seine Annäherung an Russland. Vgl. The Political Resolution of the 1st Congress of SYRIZA, July 2013, <<http://www.syriza.gr/article/id/53894/The-political-resolution-of-the-1st-congress-of-SYRIZA.html#.Vdw5B5felEs>> (abgrf. am 27.8.2015).
- 13 Vgl. Giorgos Christides, Tsipras setzt auf Russland, in: Spiegel Online, 28.1.2015, <<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-will-veto-gegen-russland-sanktionen-einlegen-a-1015487.html>> (abgrf. am 25.8.2015).
- 14 Die „Linke Plattform“ und ihr Vorsitzender, der ehemalige Umwelt- und Energieminister Panagiotis Lafazanis, treten unter dem Namen „Volksfront“ als neue Partei bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 20.9.2015 an.
- 15 Vgl. Introductory Speech of the President of the Parliamentary Group of SYRIZA, Alexis Tsipras at the 1st Congress of SYRIZA, July 2013 <<http://www.syriza.gr/article/id/54588/Introductory-speech-of-the-President-of-the-Parliamentary-Group-of-SYRIZA-Alexis-Tsipras-at-the-1st-Congress-of-SYRIZA.html#.VdseQpfeLEs>> (abgrf. am 27.8.2015).
- 16 KKE erhielt bei den Parlamentswahlen im Jan. 2015 5,4 %, die Goldene Morgenröte 6,2 % der Stimmen.
- 17 Vgl. Mitchell A. Orenstein, Putin's Western Allies – Why Europe's Far Right Is on the Kremlin's Side, in: Foreign Affairs, 25.3.2014, <<https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-03-25/putins-western-allies>> (abgrf. am 28.8.2015); Sofia Tipaldou, The Dawning of Europe and Eurasia? The Greek Golden Dawn and its International Links, in: Marlène Laruelle (Hrsg.), Eurasianism and the European Far Right, Lanham, 2015, S. 193-222.
- 18 Vgl. Antonis Klapsis, An Unholy Alliance, a.a.O. (Anm. 10); Anton Shekhovtsov, Putin's Brain?, in: New Eastern Europe, 4/XIII, 2014, <<http://www.eurozine.com/articles/2014-09-12-shekhovtsov-en.html>> (abgrf. am 1.9.2015).
- 19 Vgl. Meike Dülffer, Carsten Luther, Zacharias Zacharakis, Im Netz der russischen Ideologen, in: Zeit Online, 6.2.2015, <<http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-02/russland-griechenland-verbinding-alexander-dugin-konstantin-malofeev-panos-kammenos>> (abgrf. am 1.9.2015).
- 20 Russland stellt mit 12,6 % des griechischen BIP den größten Teil griechischer Importe. Mit über 1 Mio. russischer Touristen jährlich ist Russland ein bedeutender Markt für den griechischen Tourismus. Vgl. o.A., Greece Earns Third Place in Russian Tourists' List of Favorite Destinations, <<http://www.ekathimerini.com/158329/article/ekathimerini/business/greece-earns-third-place-in-russian-tourists-list-of-favorite-destinations>> (abgrf. am 27.8.2015).
- 21 Russland stellt 60 % der griechischen Gas- und ca. 1/3 der Rohölimporte. Vgl. International Energy Agency, Energy Supply Security: The Emergency Response of IEA Countries – 2014 Edition, 2014, S. 214-228, <https://www.iea.org/media/freepublications/security/EnergySupplySecurity2014_Greece.pdf> (abgrf. am 1.9.2015).
- 22 Eurostat, Bruttoverschuldung des Staates – vierteljährliche Daten, <<http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=teina230&language=de>> (abgrf. am 1.9.2015).
- 23 Für die Transatlantic Trends 2014 wurden Umfragen in Großbritannien, Schweden, Spanien, Portugal, Polen, den Niederlanden, Italien, Griechenland, Deutschland und Frankreich durchgeführt.
- 24 Vgl. Christos Katsioulis, Die griechische außenpolitische Identität im Namenskonflikt mit Mazedonien und im Kosovo Krieg, Studien zur Deutschen und Europäischen Außenpolitik, Universität Trier, Oktober 2002, <<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/monographies/katsioulis.pdf>> (abgrf. am 4.9.2015).
- 25 Vgl. Vassilis Petsinis, Press-clipping the Tsipras-Putin Meeting: The Early Impressions, OpenDemocracy, 15.4.2015, <<https://www.opendemocracy.net/can-europe-make-it/vassilis-petsinis/pressclipping-tsiprasputin-meeting-early-impressions>> (abgrf. am 2.9.2015).
- 26 In der Ukraine inklusive den von den Separatisten besetzten Gebieten leben ca. 100 000 Angehörige der griechischen Minderheit, die meisten im Großraum Donezk und in der Region um Mariupol.
- 27 Vgl. Votewatch, EU-Ukraine Association Agreement, with the Exception of the Treatment of Third Country Nationals Legally Employed as Workers in the Territory of the Other Party, 2014, <<http://www.votewatch.eu/en/term8-eu-ukraine-association-agreement-with-the-exception-of-the-treatment-of-third-country-nationals-lega.html>>; State of EU-Russia Relations, 2015, <<http://www.votewatch.eu/en/term8-state-of-eu-russia-relations-motion-for-resolution-vote-resolution.html>> (abgrf. am 2.9.2015).
- 28 Vgl. Thanos Dokos, Greek Foreign Policy under the Damocles Sword of the Economic Crisis, Konrad Adenauer Stiftung Griechenland, Nr. 2, 2015.

DGAPkompakt / Nr. 13 / September 2015



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).
This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik
German Council on
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16
info@dgap.org · www.dgap.org

Herausgeber

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 2198-5936

Redaktion Sabine Wolf

Layout/Satz Sabine Wolf

Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung

© DGAP 2015